

Danziger Zeitung.

Nr. 17323.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Ponleba, 11. Okto. (W. T.) Der Kaiser ist gestern Abends mit dem Prinzen Heinrich hier eingetroffen und von dem General Lauz namens des Königs Humbert bewillkommen worden. Nach kurzem Aufenthalt wurde die Reise fortgesetzt. Die vor dem Bahnhofe zu vielen Tausenden zusammengeströmte Bevölkerung begrüßte den Kaiser mit brausenden Hochs.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. Oktober.
Das Specialgesetz gegen socialdemokratische Ausschreitungen als Wahlmanöver.

In nationalliberalen Zeitungen kann man jetzt schon lesen, auf welchem Wege die Cartellmehrheit des Reichstags sich die peinliche Aufgabe, alle zwei Jahre über die Verlängerung des Socialisten Gesetzes zu beschließen, in Zukunft ersparen will. Als der Reichstag die letzte Verlängerung des Gesetzes für die Dauer von zwei Jahren beschloß, stimmte ein Theil der Nationalliberalen nur unter der Annahme zu, daß die Regierung diese Zwischenzeit dazu benutzen würde, um die Aufhebung des Gesetzes zu ermöglichen. Hatte doch Prof. Gneist schon im Jahre 1885 davor gewarnt, das Ausnahmegesetz versumpfen zu lassen. Und andere hervorragende Führer hatten in engeren Kreisen angekündigt, die Partei werde unter allen Umständen darauf bestehen, die Beschränkungen über den kleinen Belagerungsstand zu dem Gesetz zu entfernen. Als es aber zur Entscheidung im Reichstage kam, stimmte die nationalliberale Partei geschlossen für die bedingungslose Verlängerung des Gesetzes für weitere zwei Jahre. Jetzt unmittelbar vor den Landtagswahlen taucht plötzlich das Gerücht auf, der neue Minister des Innern, Herr Herrfurth, bereite ein Gesetz vor, welches, natürlich als ein dauerndes, an die Stelle des bestehenden Gesetzes treten solle. Dass auch das neue Gesetz wieder ein Ausnahmegesetz sein soll, ergiebt sich daraus, daß dasselbe als ein „Specialgesetz gegen socialdemokratische Ausschreitungen“ bezeichnet wird.

Es handelt sich demnach um den Erlass eines dauernden Ausnahmegesetzes. Mit anderen Worten: die Polizeibehörden sollen dauernd bevochtigt werden, Socialdemokraten, socialdemokratische Versammlungen, Vereine und Druckschriften nicht nach den Vorschriften des für alle geltenden Rechts, sondern nach Maßgabe von Ausnahmefeststellungen zu behandeln. Ob das bestehende Gesetz wirklich einige Milderungen erfahren wird, muß abgewartet werden. In der Hauptsache aber dürfte der Unterschied zwischen dem neuen Gesetze und dem bestehenden nur in der Form und darin bestehen, daß das neue Gesetz ein für alle Mal erlassen wird. Darüber wird natürlich vorläufig geschwiegen. Den Wählern bleibt es überlassen, der Regierung und den Parteien die erste Absicht, das Ausnahmegesetz zu beseitigen, zuzuschreiben. Wenn die wirklichen Absichten bekannt werden, sind die Wahlen längst vorüber.

Ein Appell an die Wähler.

Die Rede, welche der Abg. Rieckert am 6. Oktober auf dem Niederschlesischen Parteitag in Görlitz gehalten hat, liegt nun im Wortlaut vor. Herr Rieckert beleuchtete darin die Hesse gegen die Freimaurer und gegen Kaiser Friedrich, der ein liberaler, aber kein Parteikaiser gewesen sei, das Cartell, die Fragen der Landgemeindeordnung

Stadt-Theater.

Gestern wurde Blumenthal's Schauspiel „Ein Tropfen Gift“ gespielt, das vor 3 Jahren, als es neu war, hier mehrfache Wiederholungen erfahren hat und daher wohl genügend bekannt ist, um ein näheres Eingehen auf das Stück selbst unnötig zu machen. Es sind besonders zwei Rollen für den Erfolg des Stükkes ausschlaggebend: Hertha v. Weldegg und Frhr. v. Metternich. Beide sind s. j. zwei Mitgliedern des Berliner Deutschen Theaters, Hedwig Niemann-Raabe und Friedmann, wie der bühnentechnische Ausdruck lautet: „auf den Leib geschrieben“. Dies erklärt die wunderliche Mischung von Intriganten und sentimentalem Liebhaber in der zweiten Partie, welche der schauspielerischen Individualität Friedmann angemessen sein mag, psychologisch aber sehr unwahrscheinlich ist. Hertha dagegen ist ein interessanter, durchaus glaubwürdiger Frauendarsteller, an dem gestern Fräulein Warszawska ihre vorzülichen Eigenschaften von neuem glänzend bewähren konnte. Es gelang ihr durchaus, die Dame der seinen Gesellschaft und die Frau von natürlichen, gefunden Empfindungen glaubwürdig zu vereinen. Sie wußte ebenso tressend den Ton nahren und tiefen Gefühls in den bewegten Momenten, wie den des leichten, liebenswürdigen Geplauders anzuschlagen und brachte damit die große Scene des 4. Aktes zur vollen Wirkung. Fr. Kleinecke zeigte sich in der Behandlung der Partie des Frhns. v. Metternich wieder als einsichtsvoller und geschickter Darsteller. Iwar gelang es ihm nicht — was wir auch für unausführbar halten — uns von der Möglichkeit des Charakters zu überzeugen, aber er tönte die beiden Extreme, aus denen sich dieser zusammenstellt, doch so weit ab, um die Wahrscheinlichkeit möglichst zu erreichen. Das junge Liebespaar, zwei Bachfische, von denen der eine außerdem Lieutenant sein soll, wurde von Fr. Becker (Liddy) und Herrn Remond (Bruno) mit frischer Munterkeit gespielt, welche ihre erheiternde

und der Jagdordnung, die Steuerfragen, den Schutz des gegenwärtigen Vereins- und Versammlungsrechts gegen ungerechtfertigte Auflösungen, das Märchen von der Diktatur bei den Freiheitlichen und schloß dann seine Rede mit einem kräftigen Appell an die Wähler, rücksichtslos und ohne Furcht ihrer Wahlpflicht nachzuhören. „Meine Herren“, sagte Abg. Rieckert, „wir werden durch unser Beispiel schließlich Propaganda machen, wenn wir beweisen, daß wir uns durch keine Verfolgung, Schmähung, durch keinerlei politische und gesellschaftliche Acht davon abhalten lassen, unserer Meinung einen unweidigen Ausdruck zu geben, daß wir auch vor der Bureaucratie das Feld nicht räumen und daß mit thun, was freien Bürgern geziemt.“

Hoffentlich ist der Appell an die Überzeugungstreue der freimaurigen Wähler nicht vergeblich gewesen.

Aus der Provinz Sachsen

erhält die „Magd. Ztg.“ eine Aufschrift, in der die Parteigenossen aufgefordert werden, mit der Aufstellung besonnener und aufrichtig liberaler Männer vorzugehen. Es gelte zu verhindern, daß die Conservativen die ihnen an der Mehrheit noch fehlenden Stimmen erlangen und daß eine aus Conservativen und Ultramontanen gebildete Coalition das Abgeordnetenhaus beherrsche. Schließlich wird gesagt:

„So wenig die durch eine langjährige Vergangenheit begründete Trennung der liberalen Partei (1) in zwei selbständige Parteien sich rückgängig machen läßt, so sehr sollte man sich doch hüten, etwa vorhandene Risse noch zu erweitern.“

Das klingt ja sehr gut, aber wie verträgt es sich mit diesen Rathschlägen, daß die nationalliberale Partei im Wahlkreise Halle mit den Conservativen gemeinsame Sache macht, um einen Liberalen, der nicht einmal der freimaurigen Partei angehört, Herrn Spielberg, durch einen Conservativen zu ersetzen? Und wen will man glauben machen, daß der nationalliberale Kandidat, Prof. Friedberg, der den Gegensatz zwischen liberal und conservativ für eine Zweckmäßigkeitssfrage erklärte, ein „aufrichtig liberaler Mann“ sei?

Die Hochwasserschäden.

Wir haben wiederholt gemeldet, daß die Regierung der Frage, in welcher Weise systematisch der häufige Wiederkehr von Hochwasserschäden vorzubeugen ist, eine lebhafte Fürsorge zuwendet. Die bejüngten Erhebungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine Erhöhung der im Staat für Flussregulierungen ausgefeilten Fonds nicht zu umgehen sein wird. Falls derartige Forderungen an den Landtag herantreten, werden sie von einer Denkschrift begleitet sein, welche die Ergebnisse der von der Regierung im Auslande durch Wasserbautechniker gemachten Erhebungen enthalten soll.

Graf Schwalow.

Nach Berichten aus Petersburg, die der offiziösen Wiener „pol. Corr.“ zugehen, gestaltet sich die Frage der Erziehung des russischen Botschafters am Berliner Hof, Grafen Paul Schwalow, auf dessen bisherigem Posten, da er stark unter dem Berliner Alima leidet, ziemlich drängend. Graf Paul Schwalow gilt gegenwärtig, da Kaiser Alexander III. von dem ursprünglichen Gedanken, den Fürsten Dondukow-Korsakow in der General-Stathalterschaft im Raum durch Grafen Woronow-Daschkow zu ersetzen, wieder abgekommen sein soll, als der ernsteste Kandidat für diese Stellung. Auch als Nachfolger für General Drentelen wird Graf Paul Schwalow in unter-

richteten Kreisen genannt, falls er den gesammten Wirkungskreis des Verstorbenen zu übernehmen in der Lage wäre. Sollte es zu der in Erwägung stehenden Berückichtigung des bisherigen, auch Podolien und Polynien umfassenden Militärbezirks von Rien kommen, dann dürfte zum Gouverneur der abgelösten Provinz Rien wahrscheinlich General Brevern de la Gardie, gegenwärtiger Commandant der Moskauer Garnison, ernannt werden.

Kirchenfürstenversammlung in Österreich.

Die österreichischen Kirchenfürsten versammeln sich am 3. November wieder im Wiener erzbischöflichen Palais zu Conferenzen, um unter Vorsitz des Cardinals Ganglbauer über ihre Haltung gegenüber dem Schulantrag Eichenstein zu berathen. Die Mehrzahl der Bischöfe verlangt ganz entschiedenes Eintreten zu Gunsten dieses Schultrages und hofft, daß auch der Wiener Erzbischof Ganglbauer aus seiner bisherigen Zurückhaltung zur offenen Parteinahe für den Führer der Clericalen im Parlamente, Fürsten Liechtenstein, werde gedrängt werden. Bemerkenswert ist, daß an diesen Conferenzen auch Mitglieder des ungarischen Episcopats Theil nehmen und daß auch Delegierte des reichsdeutschen Episcopats zugezogen werden.

Die Fremden in Frankreich.

Die Bevölkerung Frankreichs nimmt nicht in normalem Maße zu und aus diesem Grunde entsenden die anderen Ländern ihren Bevölkerungsüberschuss dorthin. Während es im Jahre 1851 in Frankreich nur 378 561 Fremde, obgleich ungefähr 1 Proc. der Gesamtbevölkerung gab, hat die Einwanderung seit dem Antritt von 1870 bedeutend zugenommen, so daß man im Jahre 1886 nicht weniger als 1 115 000 Fremde zählte, welche Zahl sich zu der der Gesamtbevölkerung wie 3 zu 97 verhält. Dieser Statistik zufolge gab es in Frankreich 492 261 Belgier, 264 568 Italiener, 100 114 Deutsche, 79 550 Spanier, 78 584 Schweizer, 37 149 Holländer, 36 184 Engländer. Paris samt Umgebung beherbergt allein gegen 200 000 Ausländer. Begreiflicherweise ist die Polizei-Präfektur von Leuten belagert, welche die durch das neue Fremden-Decret vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen wollen. Eine große Zahl darunter wünscht die sogenannte „admission à domicile“, deren Erlangung den Genuss aller bürgerlichen Rechte mit sich bringt und selbst die Naturalisierung, freilich erst nach einer bestimmten Zeit, ermöglicht. Die Schweiz und andere Staaten haben anerkannt, daß ähnliche Formalitäten auch in ihren Gebieten vorgeschrieben sind.

Die Carlisten.

Angesichts der zwar dementierten, aber trocken sich erhaltenden Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Ausföhnung Don Carlos' mit der königlichen Familie droht in der Carlistenteil eine Spaltung ausubrechen. Ein Theil der Carlisten beabsichtigt in Madrid und Burgos Versammlungen abzuhalten, in denen entschieden werden soll, ob man noch länger Anhänger des Don Carlos bleiben könnte.

Die Revolution in Haiti.

In Haiti scheint die Ordnung immer noch nicht hergestellt zu sein. Den neuesten Nachrichten folge soll General Télemaque, auf dessen Ansichten Präsident Salomon vertrieben worden war, bei einem Versuch, sich der Gewalt zu bemächtigen, im Kampfe mit den Truppen des vorläufig eingesetzten Präsidenten Boisrond-Canal ums Leben gekommen sein.

neuen Ideen Bahn zu brechen und strebenden den Weg vorwärts zu bahnen; vor allem habe sie in ihrer Wirkksamkeit das Vorurtheil zu bekämpfen, daß irgend eine Schule, sei es die Volks-, sei es die Fortbildungsschule, eine abgeschlossene Bildung zu geben vermöge. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Abgeordneter Rieckert, dankt dem Vortredner für die freundliche Begrüßung und spricht im Namen der Versammlung besonderen Dank dem Oberbürgermeister v. Forckenbeck aus, daß er gerade den Mann zur Begrüßung der Versammlung deputiert habe, der so Bedeutendes und Schönes auf dem Gebiet der Schule geleistet habe. Die Thätigkeit der Gesellschaft sei gerade in der jetzigen materiellen Zeitrichtung eine besonders schwierige, aber nothwendiger denn je. Zur Mitarbeit seien alle Bevölkerungsklassen herzlich eingeladen, mögen alle in gemeinsamer Liebe zum Vaterland und zur Menschheit sich hier gemeinsam und friedlich vereinigen!

Nachdem hierauf der Generalsekretär Dr. Wisslicenus den Bericht über die lehrtägige Thätigkeit erstattet, welcher einen Zuwachs der Mitgliederzahl um ca. 130 konstatiert, und auch über die Bildung zweier neuer Zweig-Vereine berichtet, ferner die üblichen Rassen-Jahresgeschäfte erlebt waren, erfolgte die Neuwahl des Centralausschusses für die nächsten 3 Jahre. Der bisherige Vorsitzende Herr Rieckert wurde einstimmig, die übrigen Mitglieder des Centralausschusses, so weit sie noch am Leben waren, wurden fast einstimmig wiedergewählt. Für die durch Tod Ausgeschiedenen wählte die Versammlung die Herren Reichstags-Abg. Karl Schrader, Dr. Althaus, Director der Handwerkerschule D. Jezew, Rechtsanwalt Friedmann und Director Goldschmidt aus Berlin.

Erster Gegenstand der allgemeinen Debatten war das Thema: „Die Beteiligung der Arbeiter- und der Landbevölkerung an den Bildungsvereinen“. Zunächst sprach zu diesem Gegenstande als Berichterstatter Dr. Max Hirsch - Berlin. Es sei nothwendig, daß auch die Arbeiter-Bevölke-

Deutschland.

Berlin, 10. Oktober. Dem Unternehmen nach beabsichtigt die königliche preußische Zollverwaltung bei 139 Amtsstellen Musterstücke für die Abfertigung der mit dem Anspruch auf Zollnachlaß auszuführenden Getreide- und Mühlensäcken aufzustellen, nach welchen in Zweifelsfällen entschieden werden soll, wie derartige Fabrikate in Bezug auf ihre Verzollung zu behandeln sind. Die Beschaffung der erforderlichen Proben hat die Zoll-Verwaltung dem Verband deutscher Müller überlassen, jedoch es als erwünscht bezeichnet, wenn von jeder Getreidesorte 4 Typen aufgestellt würden, und zwar für Mehl, welches contrüfungsfähig ist; für Mehl, welches nicht contrüfungsfähig, beim Eingang aber als Mehl zu verzollen ist; für Mehl, welches nicht contrüfungsfähig und beim Eingang nur nach vorausgegangener Denaturierung zollfrei ist und für Aleie, welche vorangegangener Denaturierung entbehrend zollfrei abgelassen werden darf.

* [Fürst Bismarck und die Staatsgeheimnisse.] Zu der Frage, ob das Tagebuch des Kaisers Friedrich „Staatsgeheimnisse“ enthält, deren Veröffentlichung unter den § 92 des Straf-Gesetzbuchs fällt, bemerken die nationalliberalen „Homb-Nachr.“, daß in dubio für das erkennende Gericht die Auffassung des als Sachverständigen zu hörenden, leitenden und verantwortlichen Staatsmanns, also des Fürsten Bismarck, maßgebend sein würde. — Wirklich?

* [„Erthum“ des Kanzlers.] Wie sehr Fürst Bismarck in seinem Immediatbericht an den Kaiser sich in Bezug auf die Verleihung des eisernen Kreuzes an Nichtpreußen geirrt hat, ergiebt sich auch noch durch folgende Mitteilung, welche die „Frei. Ztg.“ aus Nürnberg erhält. Ein Augenzeuge stellt derselben darin mit, daß die ersten eisernen Kreuze an das 6. bairische Jägerbataillon schon zwei Tage nach der Wörther Schlacht, also am 8. August, im Bivouak an die Befreienden zur Vertheilung gelangten. — Fürst Bismarck hat in dem Immediatbericht bekanntlich behauptet, daß er „noch in Versailles, also Monate später, im Auftrage des Königs den Kronprinzen wiederholt zu bitten gehabt habe, mit der Verleihung des eisernen Kreuzes auch an Nichtpreußen vorgehen zu wollen, und Se. kgl. Hoheit dazu nicht sofort geneigt stand, es vielmehr wiederholter Anregung Se. Majestät bedurfte, um die befohlene Maßregel in Fluß zu bringen“.

* [Herr v. Rauchhaupt] wird nach der Auffassung der „National-Ztg.“ überhaupt kein Landtagsmandat mehr annehmen. Er war der einzige Landrat, der sich mitunter noch eine selbstständige Stellung gegenüber der Regierung erlaubte.

* [Schulreform.] Der Geschäftsausschuss für deutsche Schulreform will jetzt die Unterschriften zu der bekannten Schulreform-Eingabe an den preußischen Herrn Cultusminister v. Gohler aushändigen. Vorher jedoch hat der Ausschuss den Fürsten Reichskanzler von allen gezeigten Schriften Kenntnis gesetzt und seine Unterstützung erbeten.

* [Eine neue „Garnisonsdienst-Vorschrift“] ist durch das neue Exercier-Reglement bedingt worden. Diese Garnisonsdienst-Vorschrift hat jetzt die Presse verlassen und wird der „Post“ zufolge demnächst mit örtlichen Zusatzbestimmungen in den einzelnen Garnisonen zur Anwendung kommen. Da nach dem heutigen Exercier-Reglement das Anfassen des Gewehrs, welches als militärische Ehrenbezeugung vor den Subaltern-Offizieren galt, in Fortfall gekommen ist, so mußte die Garnisonsdienst-Vorschrift hinsichtlich dieser Ehrenbezeugungen modifiziert werden; dies

rungr sich an den Bestrebungen der Gesellschaft eifrig beteilige. Nun setzt sich aber die Gesellschaft nur zum vierten Theil aus Mitgliedern zusammen, welche dem Arbeitervadle angehören. Dies sei ein verhältnismäßig ungünstiger Zustand, der einen starken Schatten auf das Bildungswesen Deutschlands werfe. Freilich besteht noch eine große Anzahl anderer Vereine, welche für die Bildung der Arbeitervadle wirken; indessen sei dem Bedürfnis nur in einem sehr geringe Menge genügt. Dies gelte besonders von den ländlichen Bevölkerung. Der Zug der Zeit sei den Bildungsbestrebungen im ganzen nicht günstig. In früheren Zeiten sei ein viel größerer Bildungsdrang, viel höhere Bildungslust vorhanden gewesen. In Magdeburg seien vor 30 Jahren Tausende dem dortigen Arbeiter-Bildungsvereine zugestromt, jetzt zählt derselbe kaum 100 Mitglieder. Die Frage, ob eine Besserung dieses Zustandes möglich sei, sei zu bejahen. Man dürfe niemals verzagen. Ernstes Wille und ausdauernde Thätigkeit können viel Gutes wirken. Erfolgschlagende Versuche dürfen nicht entmutigen, sondern müßten zu erhöhter Thätigkeit anspornen. Auf Auswahl und Form der Vorträge sei besonders Gewicht zu legen. Namenlich aber könnten die Arbeiter für die Bildungsvereine gewonnen werden, wenn diese sich eifrig um die Besserung der sozialen Lage derselben bemühten, z. B. bei der Wohnungsfrage. Die geistige Hebung der Nation sei eine edle Mission, sei eine wahrhaft innere Mission, für die alle Kräfte einzusetzen seien. Der Referent schlug folgende Resolution vor:

„Die Beteiligung der Arbeiter- und der Landbevölkerung an den Bildungsvereinen ist bis jetzt in den meisten Gegenden Deutschlands durchaus ungenügend. Nach den günstigen Ergebnissen in einigen Gegenden kann und muß eine stärkere Beteiligung vor allem der Arbeiter im allgemeinen erreicht werden, und zwar, unter steter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, hauptsächlich durch bereitwilliges Eingehen auf die berechtigten Interessen und Wünsche der Arbeiter in geistiger wie

